A-9NEU Den Aufbau von kommunalen Partnerschaften zwischen Rheinland-Pfalz und der Ukraine unterstützen – für zivilgesellschaftliche Unterstützung und Verständigung

Gremium: Landesdelegiertenversammlung
Beschlussdatum: 17.12.2022
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine bringt seit Ende Februar ein Unmaß an Zerstörung, Leid und Trauer mit sich. Während sich die bundespolitischen Debatten vor allem mit der finanziellen, humanitären und militärischen Unterstützung Deutschlands und der EU beschäftigen, wird vor Ort in Rheinland-Pfalz und in den Kommunen voller Engagement an der Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen gearbeitet. Auch lange nach dem Ende des Krieges werden die Folgen der Zerstörung eine immense Herausforderung bleiben und die internationale Wertegemeinschaft vor die Frage stellen, auf welche Weise man den Wiederaufbau unterstützen und eine erfolgreiche Zukunft der Ukraine sichern kann.

Neben den diplomatischen Beziehungen der Bundesregierung gibt es auch auf den anderen föderalen Ebenen seit Jahrzehnten erfolgreiche Partnerschaften – zwischen einzelnen Städten, Gemeinden, Landkreisen und auch dem Land Rheinland-Pfalz, wie etwa die Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda, die dieses Jahr ihren 40. Geburtstag feiert, oder das 4er-Netzwerk mit Burgund-Franche-Comté in Frankreich, der Woiwodschaft Oppeln in Polen sowie Mittelböhmen in Tschechien. Im Hinblick auf den notwendigen Wiederaufbau und eine europäische Integration der Ukraine werden Gemeindepartnerschaften einen innovativen und nachhaltigen Beitrag leisten sowie zur kommunalen Verständigung und Unterstützung beitragen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der ukrainische Staatschef Wolodymyr Selenskyj haben bei ihrem Treffen Ende Oktober in Kyjiw die Bildung von Gemeindepartnerschaften als zukünftiges Zentrum der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den Ländern beschrieben. Die rheinland-pfälzischen Kommunen zeichnen sich durch jahrzehntelange und lebhafte Partnerschaften auf der ganzen Welt, insbesondere aber mit vielen europäischen Kommunen aus. Bisher gibt es jedoch nur zwei Kommunen im Land mit ukrainischen Partnergemeinden, die Anzahl sollte zukünftig steigen. Passend dazu hat sich der rheinland-pfälzische Landtag in seiner Sitzung am 24. November einstimmig dafür ausgesprochen, eine geeignete Partnerregion in der Ukraine zu finden und eine Partnerschaft aufzubauen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz unterstützen den Ansatz kommunaler Diplomatie aus vollster Überzeugung und befürworten die Bildung neuer Gemeindepartnerschaften, insbesondere mit ukrainischen Kommunen, um den direkten Austausch der Zivilbevölkerung zu fördern und Menschen auf kultureller Ebene zu verbinden. Daher begrüßen wir den Beschluss des Landtags zur Identifikation einer ukrainischen Partnerregion ausdrücklich, auch um auf Basis dessen kommunale Partnerschaften in der zukünftigen Partnerregion aufzubauen. Hierzu möchten wir unsere kommunalen Mandatsträger*innen in den Räten des Landes einladen, für solche Partnerschaften zu werben und den Aufbau zu unterstützen. So können rheinland-pfälzische Kommunen einen Beitrag zum Wiederaufbau, der europäischen Integration sowie einer zukünftigen Partnerschaft mit der Ukraine leisten. Ein gegenseitiges Kennenlernen und offener Dialog sind Grundpfeiler für ein friedvolles, internationales Miteinander.